# Freiheitsfackel

**MITTEILUNGSBLATT**

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

**Nummer 12** **April 1958**


## Notwendig gewordene Antworten

Von Ernst Carlbergh

Unmut darüber, daß der Freiheitsbund noch nicht den Umfang und die Aktivität angenommen hat, die dem Reichsbanner einst zugeschrieben werden konnte, veranlaßte einen Teil von FB-Kameraden dazu, Anhänger einer Richtung zu werden, die im vergangenen Jahre einen hartnäckigen Kampf mit den andersdenkenden Kameraden — der Mehrheit! — führte, denen die Gründe für einen vermeintlichen „Mangel an Aktivität" und ähnlich unangebrachte Vorwürfe geläufiger sind.

Diese Auseinandersetzungen zogen sich leider fast über ein Jahr hin, lähmten erklärlicherweise die eigentliche FB-Arbeit und wurden zum Schluß mit wenig erfreulichen — persönlichen — Angriffen vergröbert.

Wo persönliche Angriffe das Maß des Erträglichen überschritten haben, werden sie noch das notwendige Nachspiel zeitigen, in der sonstigen großen Mehrzahl der Fälle jedoch und besonders wo Gut- und Leichtgläubigkeit zum Verbreiter unwahrer Behauptungen wurden — sei Schwamm drüber!

Aus naheliegenden Gründen war es bisher nicht möglich, falschen Beurteilungen des Freiheitsbundes innerhalb und außerhalb seiner Reihen gegenüber Stellung zu nehmen, zum mindestens in der „Freiheitsfackel", und es ist an der Zeit, nunmehr endlich zu dem wiederholt in unserem Mitteilungsblatt in der Vergangenheit von einigen propagandierten „notwendigen Kurswechsel" etwas zu sagen.

In den Satzungen des Freiheitsbundes heißt es:

(§ 1) „Der Zweck des Vereins ‚Freiheitsbund' ist die Förderung der Idee der Freiheit zur Sicherung der Demokratie und damit der Kampf gegen Kommunismus, Faschismus und Nationalismus. Der Verein, der die Tradition des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fortsetzt, tritt ein für die Verwirklichung der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung von Berlin aufgestellten Grundsätze.

(§ 4) Mitglieder können natürliche Personen werden, die bereit sind, für die im § 1 festgelegten Ziele des Vereins vorbehaltlos einzutreten. Sie müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben und, wenn sie über 21 Jahre alt sind, im Besitz des aktiven Wahlrechts sein. Verfechter totalitärer Ideologien können nicht Mitglied des Vereins sein.

Mitglieder der Jugendgruppe des Vereins können Jugendliche nach Vollendung des 16. Lebensjahres werden."

Wer hiernach den FB zu einer SPD-Parteitruppe abstempeln will, begreift nicht oder ist böswillig. Und wer den Freiheitsbund und die Spalten seiner „Freiheitsfackel" dazu benutzte, um in ihr parteipolitische Meinungsverschiedenheiten auszutragen, der verstößt hundertprozentig gegen ein Grundprinzip im Freiheitsbund, welches auch schon im Reichsbanner verankert war, nämlich, keine parteipolitischen Erörterungen in der Organisation zuzulassen. Parteipolitik ist und bleibt Angelegenheit der Parteien.

Was soll übrigens die Veröffentlichung einer für jeden FB-Kameraden feststehenden Binsenwahrheit in der „Freiheitsfackel" wie: „Allen aber, die die Besserstellung der Allgemeinheit auf demokratischer Basis vorantreiben wollen, muß ich als Demokrat, auch wenn sie in verschiedenen Parteien stehen, mit Achtung begegnen. Denn wer gibt mir z. B. als demokratischer Sozialist das Recht zu behaupten, daß n u r die Politik meiner Partei die einzig richtige ist?" Und wenn da einer ferner äußerte: „Hat nicht die CDU weitgehend alte sozialdemokratische Theorien und Forderungen realisiert?", so dürfte doch wohl von beiden Parteien, und zwar aus gegensätzlichen Gründen, gegen eine solche Auffassung Verwahrung eingelegt werden. —

Doch ich will nicht in den gleichen Fehler verfallen, den ich vordem gerügt habe und deshalb im folgenden nur einige Erwiderungen zu Veröffentlichungen, die den F r e i h e i t s b u n d allein angehen:

Da hatte jemand sehr richtig geschrieben, daß die personenmäßige Zusammensetzung der Reichsbannerkameradschaften immer insofern ein Ärgernis ergeben hätte, als die Sozialdemokraten fast das gesamte „Fußvolk" stellten und damit beinahe allein das Risiko des aktiven Einsatzes trugen. Er brachte damit zum Ausdruck, was alle Reichsbannerkameraden in der Weimarer Zeit ständig bewegte, und zwar mit Bedauern, doch vergaß er die Lichtpunkte im Rheinland und in Schlesien aufzuführen, wo immerhin ganze RB-Kameradschaften aus Zentrumsmitgliedern bestanden, nämlich aus katholischen Bergarbeitern, die ihren anderen Kameraden an Aktivität nie nachstanden.

Mit Recht hatte der Artikelschreiber dann darauf hingewiesen, — von uns selbst bereits vor 30 Jahren beklagt — wie gering in den Führungskreisen der Weimarer Demokratie das politische Fingerspitzengefühl vorhanden w[illegible] wenn z. B. in den damaligen Wahlkämpfen Exponenten der im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vertretenen Parteien mitunter schwere Angriffe gegen die Sozialdemokratie richteten und das als RB-Saalschutz für diese Veranstaltung aufmarschierte — fast ausnahmslos sozialdemokratische — „Fußvolk" bis an die Grenze politischer Selbstentmannung Reichsbanner-Disziplin halten mußte.

Daß der Verfasser des Artikels diese Erfahrungen der Reichsbannerzeit jedoch nicht als aktiver Kamerad miterlebte, sondern leider nur vom Hörensagen kennt, geht allerdings unzweideutig hervor, wenn er in seinem angegebenen Schriftsatz weiterhin feststellen will, daß die anderen demokratischen Parteien (damals DDP-Staatspartei und Zentrum) einen „wesentlichen Anteil in der Führerschaft" des Reichsbanners darstellten.

Denn so war es keineswegs, obwohl [illegible] Mode geworden ist, daß sich viele Kanditaten im politischen Wahlkampf heutzutage gern aus Popularitätsgründen auf ihre Tätigkeit im ehemaligen Reichsbanner berufen. Wir waren in den letzten Jahren wiederholt über das Bekanntwerden der Reichsbanner-Mitgliedschaft so mancher politischen Prominenz erstaunt und haben es bedauert, daß diese Kameraden uns seinerzeit nicht stärkere Mithelfer waren.

Als Berliner kann uns in unserer nachfolgenden Betrachtung nur der Gau

Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold angehen, allerdings der stärkste Gau im RB — und wie sah es da aus?

Jedem ehemaligen Berliner RB-Kameraden werden weiterhin die nicht der SPD angehörenden einstigen Mitstreiter in ehrender Erinnerung bleiben, wie Prof. Georg Bernhard, Helmut v. Gerlach, Staatssekretär Dr. Wilhelm Abegg, Vizepolizeipräsident Dr. Bernhard Weiß, Rektor Kellermann, Polizeimajor Walther Encke, Major a. D. Hauf, u. a., die leider inzwischen das Zeitliche gesegnet haben. Der in erfreulicher Weise auch als Bundesminister quicklebendig gebliebene ehemalige Kamerad Ernst Lemmer kann auf Grund seiner Verdienste in der Weimarer Kampfzeit immer auf unsere alte Reichsbanner-Treue rechnen, und der in Berlin unvergessene ehemalige Polizeikommandeur Magnus Heimannsberg (nicht RB-Mitglied, aber tatkräftiger Helfer) bleibt auch aus Wiesbaden ständig mit uns verbunden.

Jedoch diese bewährten Mitstreiter waren mit dem Reichsbanner fast ausnahmslos nur als Einzelpersönlichkeiten in engem Kontakt, sie hatten keinen eigentlichen Anteil an der Führerschaft.

Wie in der Bundesleitung, so waren auch in den Gauleitungen der Überparteilichkeit wegen die Positionen paritätisch besetzt und besonders in der Schicksalsstunde des Reichsbanners rächte es sich dann, daß es in seinen entscheidungsbefugten Gremien zu viele „abgestellte Parteivertreter" gab, denen es am echten Reichsbannergeist mangelte.

Unter dem „Fußvolk", welches die gewaltige Aktivität des Reichsbanners verkörperte, gab es im Gau Berlin-Brandenburg neben der großen Zahl von Sozialdemokraten auch eine Menge von Kameraden, die keiner politischen Partei angehörten. Die kleine Anzahl von aktiven Kameraden aus den beiden anderen Parteien jedoch, von allen wegen ihres persönlichen Einsatzes sehr geschätzt, blieben leider ständig auf „verlorenem Posten", wenn sie wegen ihres Beispiels auf Zuwachs aus der eigenen Partei hofften. Die passive Mitgliedschaft im Reichsbanner, beschränkt auf Beitragszahlung und Ratschläge, konnte da kein Ausgleich sein. —

Was blieb übrig, als daß daraufhin wie in den RB-Ortsvereinen auch in der Führung der Gauleitung Sozialdemokraten die Hauptarbeit leisten mußten und ihre Leistung nicht schlecht war. Bis auf einige wenige hatten alle diese ihre Qualitäten unter Beweis gestellt und brauchten Vergleiche mit Vertretern anderer Parteien nie zu scheuen.

Der von dem Artikelschreiber erwähnte „wesentliche Anteil in der Führerschaft" der anderen demokratischen Parteien sah in der Gauleitung Berlin-Brandenburg des Reichsbanners in der Praxis leider so aus, daß als Exponent der Deutschen Demokratischen Partei—Staatspartei nur der heutige FDP-Staatsminister Dr. Wilhelm Nowack

**1. MAI 1958**

**Die Kameraden des Freiheitsbundes beteiligen sich an der Kundgebung auf dem Rudolf-Wilde-Platz im Rahmen der Parteien und Gewerkschaften.**

**Ein gesonderter Aufmarsch des FB findet nicht statt.**

in echtem Reichsbannergeist mit uns zusammenarbeitete, während für das Zentrum uns leider nur der (verstorbene) Rektor K e l l e r m a n n und der heutige CDU - Abgeordnete Johannes F e s t gleichwertige Kameraden waren. Mehr war nicht da und deshalb das von den Reichsbannerkameraden nicht verschuldete, wenig rühmliche Ende des RB, als in seiner schwersten Stunde, wie bereits erwähnt, entscheidungsbefugte Gremien unserer damaligen Organisation ohne jeden Reichsbannergeist die notwendige und von allen erwartete Aktion verhinderten. **Wer das alles nicht aktiv miterlebt hat, besitzt nicht die Legitimation für die Berechtigung einer Behauptung, daß die Führung des Freiheitsbundes schon ab 1949 aus den Erfahrungen der Weimarer Republik falsche Konsequenzen gezogen hätte.** Heutzutage gibt es wohl kaum eine Partei oder Organisation, die sich nicht demokratisch nennt, sich nicht zu den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold bekennt oder sie zum mindesten respektiert. In unserer Kampfzeit war „Demokrat" oft ein Schimpfwort der Gegner oder zum mindesten der Makel für einen „schlappen Kerl", und für die Anerkennung der alten Freiheitsfarben hat mancher Reichsbannerkamerad sein Leben oder seine Gesundheit geopfert. Ist es da ein Wunder, daß der Freiheitsbund und besonders seine verantwortliche Führung sich die heutigen Demokraten sehr genau ansehen und überprüfen, ob eine Zusammenarbeit mit ihnen möglich ist? Seiner wichtigsten Aufgabe, Schutz der Demokratie, kann der Freiheitsbund doch nur nachkommen, wenn er sich auf einsatzfähige und einsatzbereite Demokraten verlassen kann, wobei keineswegs die Anlegung von personellen (passiven), materiellen und finanziellen Reserven vernachlässigt werden soll. Es ist vollkommen falsch gesehen und beweist selber wenig Führungsqualität in einer Kampforganisation, wenn der FB-Führung vorgehalten wird, sie hätte sich zu wenig um die Finanzierungsfragen der Organisation gekümmert. Abgesehen davon, daß dieser Vorwurf nicht stichhaltig ist, geht aus der Überbetonung der Finanzfrage seitens des Kritikers zu deutlich hervor, daß ihm wegen der Geldzuweisungen in erster Linie an der Aufnahme recht vieler Demokraten in den Freiheitsbund liegt, was nach erlebten Mustern leicht zu einer Verwaschenheit des Begriffes Kampforganisation und damit zu einer Schwächung führen kann.

Auf die Unterschiede zwischen Demokraten und Demokraten glauben wir genügend hingewiesen zu haben. Wir dürfen im übrigen wohl annehmen, daß der vorerwähnte Kritiker nicht unseren Freiheitsbund meint, wenn er äußert, da[illegible] finanzielle Zuwendungen, die von einem Staat für seine eigene Schutzorganisation berechtigt gefordert werden dürfen, s e l b s t v e r s t ä n d l i c h niemals einer einseitig parteipolitisch abgestempelten Organisation zugesprochen werden können. Mit einer solchen Eingruppierung des FB würde er sich deutlich in die Reihe der Gegner unserer Organisation stellen.

Der Freiheitsbund, die Organisation, welche sich nicht nur für die Verwirklichung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten Rechte einsetzt, sondern auch für den Schutz des demokratischen Staates, hat wohl alle Berechtigung für Staatsbeihilfen, mehr jedenfalls als viele andere Institutionen, deren Einseitigkeit klar zutage liegt und zu gegebener Gelegenheit wird der FB auch entsprechende Anträge stellen.

Wenn unser Kritiker sodann der FB-Führung noch vorwirft, sie hätte auch insofern falsche Konsequenzen aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit gezogen, weil sie die Fragen einer Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer politischer Parteien außer der SPD einfach nicht beachtet, so darf wohl gerade eine starke Beachtung aus unserer heutigen Erwiderung hervorgehen.

Seine Frage über das Problem, welches er noch im Juli 1957 zu meistern glaubte: „Kann man die politische Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit, wie sie z. B.

bei der ‚Jungen Union' effektiv gegeben ist, so auswerten, daß auch aus den übrigen demokratischen — und nicht nur aus den sozialdemokratischen Kreisen angemessene Mannschaftsteile gestellt werden?" hat er sich wohl inzwischen selbst beantwortet. Denn fünf Monate später — an anderer Stelle — sprach er bereits von Einzelmitgliedern der „Jungen Union", die dem Freiheitsbund beitreten würden. Weshalb er sich dann noch kurze Zeit zuvor auf dem Sommerfest im FB-Zeltlager mit Vorstandsmitgliedern der Jungen Union fotografieren ließ, blieb unerfindlich, will man es nicht bewußt irreführend nennen — konnte die Teilnahme dieser eingeladenen offiziellen Vertreter der JU doch leicht die Mitarbeit eines „angemessenen Mannschaftsteils" aus den Reihen der Jungen Union im FB vortäuschen.

Um zu einer angemessenen Mannschaftsstärke („Fußvolk") auch bei den anderen demokratischen Parteien für den Freiheitsbund zu kommen, hatte unser scharfer Kritiker übrigens geäußert, einige erste Überlegungen können zeigen, wie der hierfür erforderliche Anreiz geschaffen werden könnte:

1. „Der FB würde einen Versammlungsschutz nur bei überparteilichen und nationalen Kundgebungen übernehmen.

2. Für Versammlungen, die von einer einzelnen Partei veranstaltet werden (in der Mehrzahl wird es sich dabei um Wahlversammlungen handeln), sollte der und den Kameraden, die dieser Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, freistellen, als FB-Männer den demokratischen Charakter dieser Versammlung zu betonen."

Wann hat der Freiheitsbund jemals anders gehandelt?

„Jedes Mitglied und vielleicht insbesonders das zivile (passive!) Mitglied verpflichtet sich dem Bunde aus der Überzeugung, daß vor allen parteipolitischen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten das gemeinsame Interesse aller, die Sicherung der Grundlagen unserer demokratisch-parlamentarischen Ordnung stehen muß. Darum ist für jedes Mitglied des Bundes niemals zuerst der Gedanke maßgebend, ob ein demokratischer im parteipolitischen Wettbewerb besiegt werden kann, sondern ob die geübte Methode oder das angewandte Mittel dem Ansehen der Demokratie und seiner Repräsentanten schadet oder nicht. Das Mitglied des Schutzbundes hat mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Kraft darauf zu achten, daß der selbstverständliche Kampf der demokratischen Parteien um die Wählerstimmen niemals Ansatzpunkte dafür schafft, daß die Gegner der Demokratie das Ansehen unseres Staates untergraben können." Schön wäre ja die Erfüllung der Forderung, die unser Artikelschreiber hier weiterhin erhoben hat.

Erinnert man sich jedoch des Verhaltens weiter Kreise der Jungen Union im Bundeswahlkampf 1957 und verfolgt aufmerksam jetzt besonders das Erscheinen der Monatsschrift der Jungen Union — es geht ja in den Berliner Wahlkampf! — so müssen selbst dem idealistischsten Idealisten die vorhin zitierten Äußerungen als Träume und Schäume erscheinen. Dabei wollen wir gar nicht

## Technische Führung

Die seit der letzten JHV fällige Einsetzung der Technischen Führung erfolgte einstimmig auf der Technikersitzung am 18. 4. 1958 und wurde von der Landesleitung am 28. 4. 1958 bestätigt.

Benannt wurden Richard Beck und als Stellvertreter Erich Wienig.

## Zeltlager Hakenfelde

Vorbereitender Arbeitsdienst für die Einrichtung des Lagers, am Sonntag, dem 27. April 1958, um 10.00 Uhr. Die Eröffnung des Lagers und der Aufbau der Zelte am Sonnabend, dem 3. Mai und Sonntag dem 4. Mai 1958. Auf Wunsch können die alten Plätze belegt werden, Änderungswünsche bitten wir rechtzeitig bekannt zu geben.

Die Lagerleitung

überempfindlich sein und den Angehörigen der Jungen Union, die vielfach auch der CDU angehören und deren Interessen vertreten, verwehren, ihre Parteipolitik auf ihre Weise zu führen, doch jedem Einsichtigen leuchtet wohl ein, daß bei einem solchen Verhalten eine echte Kampfgemeinschaft innerhalb des Freiheitsbundes zur Farce wird. Die leidigen Erfahrungen aus der Weimarer Zeit sind bereits erwähnt worden, und allein mit gemeinsamen Fahnenabordnungen ist es ja nicht getan. Viel ehrlicher und zweckdienlicher ist deshalb die von uns schon lange vertretene Auffassung: jede wahrhaft demokratische Gruppe, der es mit der Sicherung und Verteidigung der Demokratie ernst ist, schafft zunächst erst im eigenen Bereich Ordnung, indem sie in möglichst großem Umfange die aktiven Kämpfer („Fußvolk") stellt, die nun einmal zum Schutze des demokratischen Staates die Voraussetzung sind. Verfügen solche Gruppen dann mit der Zeit über nennenswerte Aktiven-Bestände, so ist der Freiheitsbund jederzeit und gern bereit, mit ihnen im Rahmen einer Dachorganisation (Demokratischer Schutzbund o. ä.) zusammen zu arbeiten. Ihre Einsatzstärke wird dann in der Führung dieser Dachorganisation jeden berechtigten Einfluß haben, denn der FB will keine Monopolstellung, nur Sicherheit bei der Mitübernahme des Risikos durch andere Kampfgefährten.

Sehr begrüßt wird von uns zum Schluß die erhobene Forderung, daß die passiven Mitglieder, die wegen anderweitiger Inanspruchnahme (alters- oder gesundheitsbedingter Gründe) nicht zu den Aktiven rechnen können, aktive Mitarbeit im Sinne unserer Bestrebungen — Förderung, Sicherung und notfalls Verteidigung der Demokratie — überall dort ausüben, wo sie ihre Position haben, sei es im zivilen Leben, im Behördenapparat oder in der Wirtschaft. Wenn diese dann in ihren Gruppen auch noch die Bestrebungen der Aktiven unter-

---

# SS-Henker und Atomwaffen

Vor dem Nürnberger Schwurgericht wurde ein dunkles Kapitel aus den letzten Nachkriegstagen erneut aufgerollt. Ein Standgericht hatte damals drei Einwohner des Dorfes Brettheim (Württ.) erhängen lassen, weil diese eine Gruppe von Hitlerjungen entwaffnet hatte.

Einer von vielen Prozessen, könnte man denken, bei denen die Angeklagten — hohe SS-Führer, unter ihnen der berüchtigte SS-General Simon — sicherlich mit sehr milden Urteilen davonkommen.

Doch dieser Prozeß zeigte überdeutlich die Auswirkungen der restaurativen Entwicklung in Westdeutschland und ist schon deswegen der besonderen Beachtung wert. Beriefen sich nämlich früher die SS-Henker auf „Befehle von oben", um ihre Schandtaten zu verschleiern, so beginnen sie nachgerade, ihre Grausamkeiten zu rechtfertigen und wohl schon bald zu verherrlichen. „Ich mußte ein Todesurteil aussprechen, weil das Gesetz so befahl", verteidigte sich der SS-Untersturmführer Moschel. Und der Major Otto ließ die Katze aus dem Sack, als er auf den Vorwurf des Richters, 1953 doch ganz andere Aussagen gemacht zu haben, erklärte, damals habe er nicht als „Soldat" sprechen können, heute hoffe er mehr Verständnis zu finden!

SS-General Simon schließlich verteidigte sein früheres Verhalten und übernahm großspurig die „Verantwortung". Er glaube nicht, „daß es in einem neuen Krieg . . . anders wäre", sagte der SS-Mann offen und zitierte mit Stolz Außenminister von Brentano, der erklärt habe: „Wenn der Russe nicht wüßte, daß jedes deutsche Dorf von einer Miliz verteidigt würde, dann würde er uns sofort angreifen."

Die Untaten der in Nürnberg angeklagten SS-Henker geschahen zu einer Zeit, da z. B. Bundestagspräsident Gerstenmaier im Zuchthaus saß. Damals fehlte wohl nicht viel, und auch er wäre von einem Freund des SS-Simons erschossen worden. Der Mörder könnte sich dann heute ebenfalls auf das „Gesetz" berufen. Ob Präsident Gerstenmaier und die CDU-Abgeordneten, die damals gegen die SS-Henker kämpften, nicht sehen, wie bedrohlich es ist, in dieses Land, in dem Simons wieder frech auftreten können, Atomwaffen zu bringen? Sollen die Freunde des Simon eines Tages über Atomwaffen entscheiden (und das wäre letztlich die Praxis der Atomaufrüstung!)? Gestern beriefen sich die SS-Leute auf „Befehle von oben", heute verteidigen sie offen ihre Untaten, sollen diese Verbrecher morgen am Drücker eines Atomkrieges stehen? - w -

stützen bei den unabdingbaren Forderungen, z. B.

1. Bekämpfung nicht nur der Links- und Rechtsradikalen, sondern ebenso der Reaktion, die schon einmal Wegbereiter für den Radikalismus war,

2. keine SA-Führer als Bundesminister,

3. keine NS-Staatssekretäre als heutige Bundes-Staatssekretäre,

4. kein ehemaliger Hitler-Oberreichsanwalt als hochdotierter Staatspensionär,

5. keine „Führerbefiehl"-Gestalten in der Bundeswehr, der Justiz sowie der Verwaltung und nicht zuletzt

6. Schaffung einer nicht-militarisierten, fachlich und politisch zuverlässigen Polizei durch Entfernung aller ehemaligen SS-Offiziere und Landsknechtsfiguren aus den Führerstellen, besonders in der Exekutive,

so werden sie durch eine solche Unterstützung dazu beitragen, daß sich die geplante Dachorganisation schneller durchführen läßt, als es im Augenblick der Fall zu sein scheint.

# JUGENDECKE

## *Es hätte Mutter sein können*

DAS UNGLÜCK GESCHAH aus dem Nichts. Oder bedeuten ein Lastwagen und eine Frau in der großen Stadt vielleicht etwas? Aber dann kreischten die Räder unter der Wucht der Bremsen, und ein Schrei — prall von Grauen und nutzlosem Aufbegehren — gellte dazwischen, und die Frau, die auf dem Pflaster lag, war gräßlich überfahren. Wahrscheinlich war sie tot.

Im Nu standen die Passanten drumherum. Auch Georg, der Sechzehnjährige, gehörte dazu. Er reckte sich auf die Zehenspitzen. Nur einen Blick; nur sehen, ob diese Frau, die wie hundert andere ausgesehen hatte, wirklich auf so schreckliche Weise ums Leben gekommen war.

Dann zog sich sein Magen zusammen. Er drängte sich aus den Gaffern und ging weiter. Zu seiner Arbeitsstelle. Den langen Weg durch Straßen, um Ecken, über Fahrdämme. Wie immer. Aber jemand war überfahren. Georg hatte es erlebt. Es zerrte an Sinnen und Nerven. Es hatte sein innerstes Ich getroffen. Warum? Passierten nicht solche Unglücke jeden Tag?

Erst als er die letzte Kreuzung vor dem Bau überquerte, fiel es ihm ein. Sie hätte seine Mutter sein können . . .

Georg schaufelte Sand in den Eimer, hob ihn auf die Schultern, schüttete ihn über der Wanne mit angerührtem Kalk aus. Er maß für den Meister die Latten aus und reichte sie zu. Aber das taten nur seine Hände. „Sie sah ähnlich wie Mutter aus", dachte er. „Mein Gott, wenn sie es gewesen wäre!" Ja, die Räder unter dem schweren Wagen hätten sie statt der anderen auslöschen können. Kreischen, der Schrei, tot . . . Mutter lebte. Himmel, sie lebte. Und alles andere schrumpfte zusammen, wurde unwichtig. Daß sie schimpfte, wenn er an den Schuhen den Schmutz von draußen in die Küche trug; daß sie das „Gedudel" aus dem Radio nicht hören wollte, obgleich er den ganzen Tag danach gierte; daß sie Mädchen mit angemalten Lippen nicht leiden konnte. Was zählte das, nun er wußte, daß sie hätte tot sein können und lebte? Wie hatte er sich je über sie ärgern können? Noch eine Schippe voll und noch eine und nun den Eimer — immer diese Streiterei. Sobald er nur in die Tür trat. Um nichts und wieder nichts.

„Natürlich, ich bin sechzehn Jahre und kann mir nichts gefallen lassen", dachte er. „Die Kinder kapieren mit der Zeit auch mal, was gespielt wird im Leben. Das wollen die Alten nicht wahrhaben." Aber nun schien es ihm gleichgültig, ob sie es begriff oder nicht. Denn sie lebte. Das genügte. Verflucht, hundertmal genügte das. —

Am Abend starrte der Junge auf die abgegriffene Klinke der Küchentür und kratzte sich die Schuhe an der Roste sauber. Die Klinke und die Roste und jedes Stück in der Wohnung — alles vertraut. Man sah es kaum mehr. Aber es gehörte zum Zuhause, und da war noch alles in Ordnung, und das war gut. „N—abend", grüßte er, als er eintrat. Alles wie immer. Mutter kochte das Abendessen, er legte Mantel und Tasche weg, zog sich Pantoffeln an, las Zeitung. Dazwischen ein paar Worte, karg von seiner Seite, ihre scharf von vorzeitiger Verteidigung.

Erst Stunden später verriet er sich. Sie wollte Kartoffeln aus dem Keller holen. Da sprang er hoch, griff nach der Kiepe, legte seine Hand um ihre, die den Henkel umschloß. „Laß", sagte er, „Kartoffeln holen, das kann ich auch."

Sie sah hoch, das ganze Gesicht staunendes Mißtrauen. Sein Blick flüchtete hin und her, seine Finger preßten mit aller Kraft. „Nein, nein, guck doch nich so ... Nicht immer — gleich was Schlechtes denken. Ich will — heut morgen ist eine Frau überfahren. Sie sah aus wie du." Das schrie er, aber zuletzt klang seine Stimme wie zerbrochen. Er rannte hinaus.

Als er nachher die Kartoffeln in die Kiste poltern ließ, stand seine Mutter am Herd. Sie wandte ihm den Rücken. Sie strich mit dem Blick über ihre Hand, die rote Stellen vom Druck seiner Finger hatte. Und lächelte ...

„Und jetzt möchte ich wohl ein bißchen Musik hören", sagte sie. Sie ging zum Radio und schaltete es ein.

Dorothee Fischer-Neumann

## *Der Fuchs und die Henne*

*Eine Fabel / Von Georg Schneider*

*„ZU WELCHER PARTEI wirst du dich schlagen?" fragte die Henne den Fuchs, als sie sich in der Abenddämmerung begegneten. „Ich?" antwortete der Fuchs nachdenklich, „zur Partei der Vegetarier natürlich."*

*„Natürlich? Ich finde es weit eher unnatürlich", fiel die Henne dem Fuchs ins Wort, „was hast du mit den Vegetariern zu tun? Die Eichel, die du neulich versuchtest, schmeckte bitter in deiner Kehle."*

*„Ach, erinnere mich nicht mehr an die Eichel! Sie biß wie Galle oder Gerberlohe auf meiner Zunge, du Süße" (die Henne merkte nichts), „du Süße", schmeichelte der Fuchs, „aber warum sollte ich die Partei der Vegetarier nicht wählen? Sie ist die ungefährlichste für mich. Sie hat andere Dinge im Kopf."*

*„Kopf hin, Kopf her", und die Henne verdrehte schnippisch den Hals, „ungefährlich, nun wohl, das mag sein, aber nichtsdestoweniger gibst du deine Stimme einer Partei, die sie zu Unrecht einsteckt, sintemalen du nichts mit ihr zu tun hast. Eine Stimme der anderen Partei! Das macht einen doppelten Verlust für die eigene."*

*„Nichtsdestoweniger? Sintemalen?" dachte der Fuchs. „Spricht sie so vornehm gewählt zu mir?" Und er begann: „Eh bien! Damit ein Ausgleich geschaffen sei, will ich dir den Hals abbeißen, auf daß deine Stimme ..."*

*Der Fuchs konnte seinen Satz nicht vollenden; er wollte um der Gerechtigkeit willen die Stimme der Henne verschlucken. Die Henne protestierte, und der Fuchs mußte sich beeilen. So verzichtete er weislich auf den Schluß seiner Rede und schlug seine Zähne nichtsdestoweniger in den Hals der Henne, sintemalen ihr Fleisch jung war, und warm wie das Fell der Füchsin, in das er alsbald satt und schläfrig seine kalte Schnauze zu stecken gedachte.*

**Herausgeber:** Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Halensee, Halberstädter Straße 7, Telefon 97 83 76 **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 24 26 83 und 24 77 01.